



„Reichlich blauäugig und reichlich naiv“

Seit 1987 ist Josef Kraus Präsident des Deutschen Lehrerverbands. Der Leiter eines Gymnasiums gilt als ebenso sachkundiger wie meinungsfreudiger Bildungsexperte. Im Gespräch mit der ENTSCHEIDUNG kommentiert er den Leitantrag „Bildungsrepublik Deutschland“ und ermahnt die Union zu Realismus in der Schulpolitik.

ENTSCHEIDUNG: Herr Kraus, ist die Bildungspolitik eine Kompetenz der Union?

Kraus: Zumindest war sie über Jahrzehnte hinweg eines der wichtigsten Kompetenzfelder der Union. Das gilt nicht nur für die CDU Deutschlands und für die CSU, sondern auch für die einzelnen Landesverbände der CDU. Ich denke etwa an die hessische CDU.

ENTSCHEIDUNG: Auf ihrem Parteitag in

Leipzig befasst sich nun die Bundespartei in einem Leitantrag mit der Bildungspolitik. Stellt dies bereits eine Verletzung der Länderkompetenz in Sachen Bildung dar?

Kraus: Zunächst bin ich froh, dass sich die CDU wieder intensiver mit Bildung beschäftigt. Die letzten Jahre habe ich fast den Glauben verloren an den Gestaltungswillen der Union insgesamt und in der Bildungspolitik im Besonderen. Da sind Zweifel aufgetaucht, nicht zuletzt auch, weil in

vielen Bundesländern, in denen die CDU den Regierungschef stellt, das Schulministerium stets an den Koalitionspartner abgegeben wurde. Ich halte es also für ein positives Zeichen, dass sich die CDU jetzt mit der Bildungspolitik beschäftigt. Bei einigen Vorschlägen im Leitantrag für Leipzig jedoch muss ich hoffen, dass sie auf dem Bundesparteitag zumindest abgeändert werden. Dennoch bin ich der Auffassung, dass ein programmatisches Band um die verschiedenen CDU-Landesverbände laufen muss und

sehe im Leitantrag daher keinen Verstoß gegen das Föderalismusprinzip.

ENTSCHEIDUNG: Der Antragsteller begründet sein Vorgehen auch damit, dass man dem Föderalismus zu „mehr Akzeptanz in einer globalen Welt“ verhelfen will. Hat der Bildungsföderalismus ein Imageproblem?

Kraus: Ja, leider hat er ein Imageproblem. Man hat es wohl versäumt – auch seitens der Befürworter des Föderalismus, herauszustellen, was der Föderalismus an Positivem bringt und welche Tradition er in Deutschland hat. Das führt dann etwa zur These, dass Föderalismus ein Mobilitätshindernis sei. Er ist jedoch nur deshalb ein Mobilitätsproblem, weil sich viele Bundesländer, weniger die süddeutschen, mehr die norddeutschen oder auch die westdeutschen Länder, von einem bildungspolitischen Konsens verabschiedet haben. Sie haben Anspruchs-dumping betrieben, sodass heute ein Wechsel von Schülern vom Süden nach dem Norden kein Problem, vom Norden in den Süden hingegen eine große, manchmal zu große Herausforderung für die betroffenen Kinder darstellt. Dabei sind die Kinder nicht dümmer, sondern leiden darunter, dass sie weniger gefördert worden sind und zum Teil deutlich weniger Stunden Unterricht gehabt haben. Das wirkt sich natürlich aus. Föderalismus in der Bildungspolitik bedeutet im Kern etwas Positives, nämlich Wettbewerb um bessere schulische Lösungen. Ich wünsche mir diesen kompetitiven Föderalismus, der aber im Ergebnis auch dazu führen muss, dass diejenigen, bei denen sich herausgestellt hat, dass sie schwächere Schulsysteme haben, sich dann auch nach der Decke strecken. Dafür muss man nicht nach Südkorea, Singapur oder Finnland reisen. Man kann sich einfach die Bundesländer anschauen, wo es ganz offensichtlich besser klappt.

ENTSCHEIDUNG: Ist die im Antrag gleich mehrfach geforderte Einführung eines nationalen Gütesiegels für Bildungs-

einrichtungen der goldene Mittelweg zwischen Länderkompetenz und bundesweiter Vergleichbarkeit?

Kraus: Das ist wohl im Moment der Trend: Man will Quote, man will Etiketten, die Verpackung ist wichtiger als der Inhalt. Ich hake das ab unter „Schaufensterpolitik“. Es geht mir aber um die Inhalte und es geht mir um die Ansprüche.

ENTSCHEIDUNG: Kommen wir direkt zu den Inhalten des Antrags: Stellt der Leitantrag tatsächlich die Kehrtwende der CDU-Bildungspolitik dar, als die er oft kritisiert wird?

Kraus: Der Antrag ist reichlich blauäugig und reichlich naiv. Man tut so, als wäre

„Man will Quote, man will Etiketten, die Verpackung ist wichtiger als der Inhalt. Ich hake das ab unter 'Schaufensterpolitik'.“

mit der Abschaffung der Hauptschule der Hauptschüler mit seinen Förderansprüchen und Förderbedürfnissen abgeschafft. Und im neuen Bekenntnis der CDU zum zweigliedrigen Schulsystem sehe ich schon eine Abkehr von bisherigen Positionen. Die Union stand immer für Mehrgliedrigkeit, nicht nur für Dreigliedrigkeit, sondern für Mehrgliedrigkeit. Wir haben ja alleine im Bereich der beruflichen Bildung, im Bereich der Förderschulen, bisher noch eine Vielfachdifferenzierung. Mit der Einführung einer „Oberschule“ suggeriert man, dass alle Wege zum Studium führen. Man scheint auch in der Union davon infiziert, dass es vor allem um eine Steigerung der Quote der Studierberechtigten geht. Ich bedaure sehr, dass die Union auf die Art und Weise die Schulform, welche die letzten Jahre der stabilste Faktor im deutschen Schulwesen war, nämlich die Realschule, gefährdet. Darüber hinaus lässt man die 20 bis 25 Prozent der Schüler, für die eine solide Hauptschulbildung das Beste

wäre, hinten runterfallen.

ENTSCHEIDUNG: Folgt mit der Forderung nach der Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems nicht lediglich die Programmatik einfach nur der Realität, wie sie sich in vielen Bundesländern bereits heute schon darstellt?

Kraus: Die Hauptschule ist schon nach wie vor in vielen Ländern keine Restschule. Das ist die Realität. Wir haben in weiten Landstrichen Deutschlands, vor allem Westdeutschlands nach wie vor Hauptschulanteile von 20, 25, 28 bis 33 Prozent. In Ostdeutschland ist das etwas anders, was natürlich mit der Geschichte dieser Länder in den letzten 20 Jahren zu tun hat. Natürlich muss Schulpolitik auch realistisch und realpolitisch sein. Aber sie darf nicht einfach Grundsätze über Bord schmeißen und letztendlich einem Etikettenschwindel das Wort reden. Hauptschülern ein anderes Etikett drauf zu pflanzen, damit ist diesen jungen Menschen überhaupt nicht

geholfen. Ich befürchte, dass Hauptschüler in einer deutschen Oberschule überfordert werden. Und ich befürchte, dass viele Realschüler in einer solchen gemeinsamen Schule unterfordert bleiben und möglicherweise über eine Abstimmung mit den Füßen ins Gymnasium drängen. Die Abschaffung der Hauptschule bringt das wohl austarierte System der Schulformen untereinander in ein großes Ungleichgewicht.

ENTSCHEIDUNG: Oft wird die Reduzierung auf zwei Schultypen mit der Demographie begründet. Damit einhergehend wird dann die sogenannte demographische Dividende in Aussicht gestellt. Wird diese Dividende jemals ausgezahlt werden?

Kraus: Der Begriff „demographische Dividende“ oder auch „demographische Rendite“ ist ein unmöglicher Begriff. Man tut so, als sei ein Rückgang der Schülerzahlen irgendetwas Positives oder als hätte man einen Gewinn davon, dass es einen Ge-

burtenrückgang gibt. Realistisch gesehen befürchte ich, dass man entgegen allen Versprechungen die Gelder proportional zu den sinkenden Schülerzahlen kürzen wird. Da habe ich zu viele negative Erfahrungen gemacht, etwa im Zusammenhang mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Im Endeffekt hat sich immer der Finanzminister gegen den Kultusminister durchgesetzt.

ENTSCHEIDUNG: Kommen wir zu den bildungspolitischen Leitlinien des Antrags: Als Maßstäbe an eine gute Bildungspolitik werden Qualität und Gerechtigkeit angeführt. Sind das die richtigen Maßstäbe für die Bewertung eines Bildungssystems?

Kraus: Qualität schon, nur beschleicht mich da ein wenig das Gefühl, dass man auch in der Union Quote bereits für Qualität hält. Und Gerechtigkeit ist ein schillerndes Prinzip. Natürlich wird jeder zustimmen, dass das Bildungssystem auch gerecht sein muss. Aber die Diskussion um Bildungsgerechtigkeit, wie wir sie in den letzten drei, vier Jahren aus der gesellschaftspolitisch linken Ecke verstärkt aufs Auge gedrückt bekamen, wird in eine andere Richtung geführt. Viele Leute halten für gerecht, was gleich ist. So gesehen wird die Forderung nach Gerechtigkeit zum trojanischen Pferd der Egalisierer. Ich warne die Union davor, mit ihrer Forderung nach Gerechtigkeit den Schalmeiklängen der Egalisierer auf den Leim zu gehen.

ENTSCHEIDUNG: Die Begriffe Gerechtigkeit und Gleichheit bringen die Sozialpolitiker auf den Plan. Der Antrag betont, dass die Schule nicht nur einen Bildungs-, sondern auch einen Erziehungsauftrag habe. Sehen das die Lehrer auch so? Oder überfordert die Politik das System Schule?

Kraus: Schule ist erst einmal eine Bildungsanstalt. Aber mit Blick auf die Um-

gangsformen, die in der Schule praktiziert werden und auf die Inhalte, die in der Schule vermittelt werden, ist sie natürlich auch eine erzieherische Einrichtung. Das ist schon richtig. Ich habe nur manchmal den Eindruck, dass sich hier die Prioritätensetzung umkehrt. Ich sehe überhaupt als Staatsbürger mit Besorgnis, dass Erziehung immer mehr verstaatlicht wird. Und das gilt auch für die Schule. Letztendlich steckt dahinter eine Vorstellung von Schule als Reparaturkolonne und gesellschaftliche Feuerwehr. Media-

*„Qualität statt Quote!
Eigenverantwortung statt
Entmündigung! Freiheit statt
Gleichheit! Vielfalt statt Einfalt! Inhalt
statt Verpackung! Inhaltsdebatte statt
Kompetenzdebatte!“*

nerziehung, Konsumerziehung, Freizeiterziehung, Gesundheitserziehung, Umweltzerziehung, das sind nur fünf Beispiele. Man überfordert die Schule, wenn man von ihr nicht nur qualitativ anspruchsvolle Bildung erwartet, sondern sie auch als Ersatz-Elternhaus behandelt.

ENTSCHEIDUNG: Gleichzeitig wird die Forderung erhoben nach mehr Personal und Budgetfreiheit für die Schulen, Stichwort „Selbstständige Schule“. Ist dieses Konzept zukunftsweisend?

Kraus: Ist gut gemeint, aber gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut. Selbstständige Schule haben wir vor Ort meistens erlebt als die Verlagerung der Mangelverwaltung von oben nach unten an die Schule. Wenn etwa die Klagen der Eltern über große Klassen oder Unterrichtsausfall kommen, verweist das Kultusministerium an die Schule vor Ort und ist aus dem Schneider. Wenn wir einen optimalen Rahmen hätten mit Blick auf Personalversorgung, Stundenausstattung und Sachausstattung, dann ist die eigenver-

antwortliche Schule möglich und richtig. Eigenverantwortliche Schule findet bei mir aber dort die Grenzen, wo Schulen nur noch ihr individuelles Profil im Blick haben. Wir haben im Zusammenhang mit Föderalismus über Mobilitätshindernisse gesprochen. Je mehr Schule sich eigenverantwortlich profiliert, je mehr Schule kommunalpolitisch bestimmt wird, desto größer ist die Gefahr, dass die Mobilitätshindernisse nicht erst an der nächsten Landesgrenze aufkommen, sondern bereits an der Grenze zum nächsten Landkreis oder zur nächsten Stadt.

ENTSCHEIDUNG: Zum Thema frühkindliche Bildung heißt es im Antrag, dass Kindertagesstätten und Grundschulen enger zusammengeführt und stärker in den staatlichen Bildungsauftrag eingebunden werden sollen. Ist das der Wege in die Verschulung der Kindheit oder wird der

Antrag damit nicht einfach nur jüngsten Forschungsergebnissen gerecht?

Kraus: Ich will keine Verschulung der Kitas und Kindergärten. Gleichzeitig trete ich sehr wohl dafür ein, dass unsere Kitas und Kindergärten stärker als bisher einen Bildungsauftrag wahrnehmen sollen. Das wissen wir nicht erst aus jüngsten Forschungen. Wir wissen seit Jahrzehnten und Jahrhunderten aus der Entwicklungspsychologie, dass Kinder im dritten, vierten, fünften Lebensjahr sich täglich bis zu 30 neue Vokabeln einprägen können. Diese Zeit gilt es etwa für die enorm wichtige sprachliche Förderung zu nutzen. Das muss nicht gleich Verschulung bedeuten, sondern kann immer noch altersgemäß und kindgerecht geschehen.

ENTSCHEIDUNG: Der im Antrag formulierten Forderung, Fremdsprachen ab der ersten Schulklasse zu lehren, können Sie sich also durchaus anschließen?

Kraus: Nein, überhaupt nicht. Solange der Deutschunterricht, die Förderung der

Muttersprache so darnieder liegt, wie das in Deutschland der Fall ist, solange kann ich mich überhaupt nicht damit anfreunden, dass Stunden des Deutschunterrichts verwendet werden für ein allzu spielerisches Frühenglisch. Wir haben in den weiterführenden Schulen mit dem Frühenglisch in der Grundschule überhaupt keine positiven Erfahrungen gemacht. Die Kinder meinen, sie seien alte Hasen und haben ein falsches Bild davon, was es bedeutet, eine Fremdsprache zu erlernen.

ENTSCHEIDUNG: Zur großen Politik: Der Antrag bekennt sich zum Ziel der Bundesregierung, ab 2015 gemeinsam mit der Wirtschaft in Deutschland jährlich 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung zu investieren. Wie sehen Sie solche Prozentziele?

Kraus: Als Quotenfetischismus und Quotenwettrüsten. Natürlich bedauere ich, dass wir als Bildungsnation – nicht Bildungsrepublik! – bei den Ausgaben für Bildung, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, nicht unbedingt weltweit führend ist, sondern irgendwo im Mittelfeld liegen. Doch Geld alleine macht noch keine Lösung her. Es muss auch richtig investiert werden. Wir haben mit der Gesamtschule eine schulpolitische Reformruine in Deutschland. Und wir wissen ja, dass man mit Quoten eine Menge kreative Buchführung betreiben kann. Ich wäre ja schon zufrieden, wenn man unseren Bildungseinrichtungen 105 Prozent q zuwendete, sodass Unterrichtsausfall vermieden und Förderkurse für Spitzenschüler ebenso wie für schwache Schüler eingerichtet werden könnten.

ENTSCHEIDUNG: Eine abschließende Frage: Was sind Grundsätze, auf die sich die CDU in der Bildungspolitik besinnen sollte?

Kraus: Qualität statt Quote! Eigenverantwortung statt Entmündigung! Freiheit statt Gleichheit! Vielfalt statt Einfalt! Inhalt statt Verpackung! Inhaltsdebatte statt Kompetenzdebatte! Realismus in der Schulpolitik! Bringschuld des Gemeinwesens in Sachen Bildung immer mit der

Holschuld von Schülern und Eltern zusammen sehen! Keine Bildungsoffensive ohne häusliche Erziehungsoffensive! Ich weiß, das kann man nicht alles staatlich verordnen, aber man sollte auch keine gegenteiligen Anreize setzen.

ENTSCHEIDUNG: Danke für dieses Gespräch, Herr Kraus.

Das Interview führte ENTSCHEIDUNG-Chefredakteur Nathanael Liminski.

